

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 63 (1969)
Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : die dritte Welt ; Allgemeines ; Einkommen ; Aber der grosse anti-imperialistische Kampf ist nicht mehr zu ersticken ; "Der Krieg muss aufhören, der Friede ist möglich!"

Autor: Moor, Emmy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141639>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wenigstens die heuchlerischen Ausdrücke für die von den USA betriebene wirtschaftliche Kolonialisierung weg.

Ein Kapitel über Camilo Torres, den Priester aus einer der ersten Familien Kolumbiens, der sich der Revolution verschrieben hat, um Nächstenliebe im weltlichen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich verwirklichen zu können, zeigt das geistige Ringen um die Rechtfertigung des bewaffneten Kampfes. Seit 1966 haben sich die drei Entwicklungskontinente Asien, Afrika und Lateinamerika in einer trikontinentalen Konferenz von Havana zusammengeschlossen. Ernesto «Che» Guevara, der sich damals «irgendwo in Lateinamerika» befand, hat eine beschwörende Botschaft an sie gerichtet.

Camilo Torres und Che Guevara sind tot, doch der Kampf geht weiter, und am Kulturkongress 1968 in Havana haben katholische Geistliche im «Aufruf von Havana» unter anderem geschrieben, «— dass wir uns dem antiimperialistischen Kampf bis zur letzten Konsequenz verschreiben, um die Befreiung des einzelnen Menschen und aller Menschen zu erreichen».

B. W.

WELTRUNDSCHAU

Die Dritte Welt

1918: Als der französische Diplomat Pierre de Margerie vom italienischen Botschafter gefragt wurde, was er von den Ideen Präsident Wilsons und der Labour-Leute über koloniale Selbstbestimmung halte, lautete die Antwort kurz und bündig: «C'est simplement absurde.»

Franz Fanon

1969: «Der erste Tag der wirklichen Entkolonialisierung wird erst gekommen sein, wenn eine echte Freiheit erreicht sein wird; eine Freiheit, die auf eine Unabhängigkeit gegründet ist, die nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und kulturell vorhanden ist. In fast allen Fällen (in der Dritten Welt) existiert noch eine Situation wirtschaftlicher Abhängigkeit, die eine neue Form der Kolonisation fortbestehen lässt.»

Guy de Bosschère

Die Dritte Welt ist unser aller Schicksal. Im Jahre 1980 werden von den 4,4 Milliarden Menschen auf unserer Erde 72,4 Prozent zur Dritten Welt gehören. Und im Jahr 2000 rechnet man bereits mit einer Weltbevölkerung von 6 bis 7 Milliarden Menschen, unter denen der Anteil jener Völker bereits auf 76,5 Prozent angewachsen sein wird.

Gleichzeitig sterben in diesem Menschenmeer in den armen Ländern jährlich 3,5 Millionen Kinder den Hungertod. Aber nicht bis zum Jahr 2000, ja nicht einmal bis zum Jahr 1980 werden diese Völker die immer skandalöser werdende Kluft zwischen dem Wohlstand der hochindustrialisierten Staaten und dem Elend in ihren armen Ländern mehr hinnehmen. Das beweisen die sich schon heute häufenden Erschütterungen und Explosionen des Volkszornes, die fast keinen dieser Staaten verschonen.

Viele der Ursachen sind bekannt und hier auch schon öfters auseinandergesetzt worden. Es kann dieses Kardinalproblem unserer Zeit auch nicht auf ein paar Seiten eingezwängt werden; ganz abgesehen davon, dass meines Erachtens hier nur gründlicher und direkter Anschauungsunterricht bündige Schlüsse zu geben vermag. Aber es gibt Material genug, uns die

Tragweite und Aktualität dieser gegenwärtigen und künftigen Entwicklungen sehen zu lassen.

Allgemeines

Die Welt wird in ihrem gewaltigen Bevölkerungszuwachs auch immer jünger. Und mehr als 75 Prozent aller jungen Leute leben in den Entwicklungsländern. Nach den Zahlen der Unesco leben davon 59 Millionen in Afrika, 322 Millionen in Asien, 44 Millionen in Lateinamerika. Für einen Grossteil dieser Fünfzehn- bis Vierundzwanzigjährigen fehlen heute die Arbeitsplätze. Wenn man damit rechnen muss, dass es anstelle der 519 Millionen Jugendlichen (1960) in der Welt im Jahr 2000 bereits 1,128 Milliarden junger Leute sein werden, von denen ein so gewaltiger Prozentsatz in der Dritten Welt leben wird, so ist jetzt schon zu sehen, dass zu den fehlenden heutigen Arbeitsplätzen noch viele Millionen neuer Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden müssen, wenn diese jungen Menschen ihren Platz im Leben sollen finden können. Es muss also alles, was die Staaten in der Welt und in den Entwicklungsländern im besonderen unternehmen, *für den Menschen investiert werden*. Die Ausbeutung der Entwicklungsländer durch fremde Kapitalgesellschaften und durch die eigenen Feudalherren, oder die neureiche eigene Bourgeoisie, bedeutet dabei das grösste Hindernis. Und da schon heute auch in den Entwicklungsländern alles in die Städte drängt, weil man dort am leichtesten Arbeit und ein besseres Leben zu finden erwartet, gibt es denn auch schon in Afrika, Lateinamerika und Asien Millionenstädte, die dieser Überflutung weder wirtschaftlich noch unterkunftsmässig und sanitär gewachsen sind. So wachsen rings um diese Städte uferlose Slums, in denen sich Arbeitslosigkeit, Hunger, Krankheitsgeissel und Unwissenheit fortgesetzt kulminieren.

Wie aber sehen andererseits die eigenen Mittel der Entwicklungsländer aus, die dieser ungeheuren Schwierigkeiten Herr werden sollen? Die Schätze ihres Bodens und ihrer Arbeit müssen sie exportieren und zu rechten Preisen verkaufen können. Aber statt des nötigen Fortschrittes ist in den vergangenen zehn Jahren *die Handelsbilanz der Dritten Welt ständig ungünstiger geworden*.

Das verraten die Statistiken der UNO über den internationalen Handel während der Jahre 1950 bis 1967.

Im ganzen Welthandel ist der Anteil der Exporte der Dritten Welt in Prozenten:

	1950	1960	1967
	33,7	24,2	21,2
Für Afrika allein:	1950	1960	1967
	4,8	4,1	3,8

Wie müssen in einem solchen Falle erst die Importe aussehen, die ja erst jene Fertigfabrikate, Maschinen, Traktoren, Ersatzteile, Motoren, Bildungsmaterial, Medikamente usw., usw. hereinbringen sollen, die für die

Entwicklung aller dieser Länder so bitter nötig sind. Auch da gibt die genannte Statistik eine Antwort, die ganze Leitartikel über die Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern ersetzt:

Der Anteil der Weltimporte in Prozenten:	1950	1960	1967
Industriell entwickelte Länder:	70,5	74,5	78,9
Unterentwickelte Länder im gesamten:	29,5	25,5	21,1
Afrikanische Länder:	5,1	4,9	3,7

So leben die reichen und die armen Länder! Man kann es sich an diesem knappen Dutzend Zahlen ausrechnen. Hat der junge tote Frantz Fanon nicht recht, wenn er in seinem Buch über «die Verdammten dieser Erde», das heisst die Menschen in dieser Dritten Welt, schreibt: «Wir müssen uns alle am Kampf für eine andere Welt engagieren. Es gibt keine sauberen Hände, es gibt keine Schuldlosen, es gibt keine blossen Zuschauer. Wir beschmutzen uns unsere Hände im Schmutze dieser Welt und in der Leere unserer Gehirne. Jeder blosser Zuschauer ist ein Feigling oder ein Verräter.»

Auch «Helvetas», das Schweizer Aufbauwerk für die Entwicklungsländer, verweist in vielen Zahlen auf «das Ausmass der Tragödie»: So wächst die Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern noch schneller als die Bevölkerung. Zwischen 1960 und 1965 betrug die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Nigeria 205 Prozent, in Malaysia 272 Prozent, in Indien 32 Prozent und in Ceylon 68 Prozent.

Einkommen

58 Länder der Erde besitzen pro Kopf ein Jahreseinkommen von 160 bis 800 Franken; in 40 Ländern beträgt dieses Jahreseinkommen 800 bis 2000 Franken; 17 Länder bilden mit 2000 bis 4000 Franken die Mitte, während weitere 17 Länder mit 4000 bis 8000 Franken als reich gelten. Nur drei Länder, darunter die Schweiz, weisen ein Durchschnittseinkommen pro Kopf und Jahr aus, das 8500 Franken übersteigt.

Dieses Menschenmeer der drei Kontinente Asien, Lateinamerika und Afrika, das zum grösseren Teil erst seit ein paar Jahren von der Kolonialherrschaft frei geworden ist, ist nur in wenigen Fällen dem Neokolonialismus entgangen, der, in Form privater Investitionen in der Wirtschaft dieser Länder, seine Macht auf andere Weise zurückerobert oder auch nur neu gefestigt hat. Dies ist in diesen Staaten oft mit Hilfe der eigenen Bourgeoisie geschehen, die sich dadurch auch eigene Profite retten konnte. Aber es geschah oft auch aus Zwang, weil den jungen Staaten und ihren Regierungen ganz einfach die eigenen Mittel fehlten, selber die riesigen Aufgaben zu bewältigen, die ihnen die ehemaligen Kolonialherren ungelöst zurückgelassen hatten: den Aufbau einer eigenen Industrie, ein Strassen- und Eisenbahnnetz, Elektrifikation zum Aufbau der Industrie, Bau von Schulen und Spitälern, Kampf gegen die furchtbaren Krankheitsgeiseln, die Millionen und aber Millionen der Arbeitslosigkeit und dem

Siechtum überlassen. Was hier die UNO und ihre internationalen Organisationen – und eine Weltbank ohne Profite – hätten tun können, das hat ihnen keiner der reichen Staaten an ausreichenden Beiträgen geleistet. Es hätte mehr gebraucht als jenes *eine* Prozent oder auch die heutigen zwei Prozent, die in dieser Höhe ja auch noch von keinem Staat geleistet worden sind. Aber hätte man es getan, wie anders sähe es in der Dritten Welt – und damit auch für uns! – heute aus. Statt dessen erlitten die Entwicklungsländer den ständigen Druck auf die Rohstoffpreise jener Rohstoffe, die sie (meistens noch aus kolonialen Monokulturen her) einzig zu exportieren imstande sind, während auf der anderen Seite die Preise für die Exportgüter der Fertigwaren aus den reichen Industrieländern immer höher kletterten, die Devisen der Entwicklungsländer dadurch immer weniger wurden und ihre Handelsbilanzen sich ständig ungünstiger entwickelten.

Auch die kommunistischen Staaten, namentlich Russland, als ihr stärkstes Industrieland, haben trotz grossen Leistungen oft versäumt, eine Sozialisierung in diesen eben frei gewordenen Kolonialstaaten, die dafür prädestiniert waren, zu ermöglichen.

Und wenn das grosskapitalistische Amerika mit seinen Steuergeldern an der Entwicklungshilfe wahrlich nicht gespart hat, so geschah dies sicher bei einer grossen Zahl im amerikanischen Volk aus Helferwillen und ohne Hintergedanken. Aber für die mächtigen grosskapitalistischen Exporteure war dies ein glänzendes Geschäft, da ja diese Entwicklungshilfe die Mittel lieferte, ihre Waren zu teuren Exportpreisen abzusetzen. Aber da mit den Jahren – gerade auch auf der missglückten Sommerreise des Herrn Rockefeller in Lateinamerika – dieser Pferdefuss der «Allianz für den Fortschritt» doch allzu sehr zum Vorschein gekommen ist, hat Präsident Nixon gerade in diesen Tagen

ein neues Konzept der Assoziation mit den «lateinamerikanischen Partnern»

vorgeschlagen. Es soll dies, nach der Rede Präsident Nixons, «eine fortgeschrittenere Allianz werden, in der alle Stimmen zu Worte kommen und keine über die anderen vorherrschen soll». Vor allem aber *«sollen die Darlehen der USA an Lateinamerika ab 1. November 1969 nicht mehr wie bisher an den Kauf von Gütern aus den USA gebunden sein, sondern auch für Käufe in lateinamerikanischen Ländern benutzt werden können»*.

Die indirekten Subventionierungen der eigenen Industrie sollen also aufhören. Vage ist der «Realismus» des Präsidenten, dessen er sich in diesen Vorschlägen rühmt, in den andern Punkten. Es sei denn, er sei eindeutig in seiner Erklärung, man würde es zwar vorziehen, mit demokratischen Ländern zusammenzuarbeiten, aber die Vereinigten Staaten weigerten sich auch nicht, mit den Militärdiktaturen zu verhandeln. Was der Chefredaktor von «Le Monde» (siehe 2./3. November) in seinem Leitartikel sarkastisch so kommentiert: Das habe man nun zwar seit Jahren schon getan, aber es sei das erstemal, dass man diese Doktrin auch offiziell proklamiere.

Aber der grosse anti-imperialistische Kampf ist nicht mehr zu ersticken

Kuba ist das Beispiel. Heute ist der ganze Kontinent davon ergriffen. Bald hier, bald dort kommt es zu Streiks, Unruhen, Guerillakämpfen, Toden, Verhaftungen. Die Zahl der politischen Gefangenen ist riesengross, und Torturen gehören auch hier an vielen Orten zum Behandlungssystem. Aber «L'heure des brasiers», die Stunde der aufbrechenden Feuer, die einst nur die verborgenen Waldfeuer der Kohlenbrenner waren, ist angebrochen. Das hat Mister Rockefeller, der Spezialgesandte Präsident Nixons, auf seiner Reise durch Lateinamerika zu spüren bekommen. Er war ja auch ein besonders prädestinierter Sendbote. Kontrolliert doch sein Rockefeller-Trust 70 Prozent des venezolanischen Öls. So ist denn auch sein ganzer Weg, von seiner Ankunft am 14. Mai bis zu seiner Abreise am 3. Juni, von Nicaragua, Uruguay, Honduras, Venezuela, Argentinien, Kolumbien, Peru, Chile, Brasilien, Panama, Haiti, Ecuador, Bolivien, Santa Domingo und Curaçao täglich begleitet gewesen von Protestdemonstrationen, Streiks und vielfach schweren Zusammenstössen, die da und dort zum Tode von Studenten und Arbeitern, zu zahlreichen Verletzten und Hunderten von Verhaftungen geführt haben. Am schlimmsten war es in Recife, Brasilien, wo der mit dem Volk verbundene Pater Pereira Neto ermordet wurde, und in Córdoba, Argentinien, wo die Regierung Fallschirmspringer mit Maschinengewehren und Bazookas gegen die streikenden Arbeiter und Studenten einsetzte und es zu einem Blutbad kam. 30 Tote, zahlreiche Verletzte und Hunderte von Verhaftungen waren das Ergebnis. In New York hat jedoch Mister Rockefeller diese Reise «einen phantastischen Erfolg» genannt. Inoffiziell hat dieser «Erfolg» wohl eher im heutigen Vorschlag Nixons für eine revidierte Lateinamerika-Allianz seinen Niederschlag gefunden. Aber da auch sie nach wie vor den Trusts freie Hand lässt, wird der Ausbeutung und der Massenarbeitslosigkeit in diesem Teil der Welt damit kein Riegel geschoben sein. Ein Beispiel ist da für alle andern auch *Argentinien*, dessen soziale Atmosphäre seit Monaten einem Pulverfass gleicht. Nach den blutigen Zwischenfällen in Córdoba, Corrientes und Rio Negro wird die Scheinruhe fortwährend durch Nachrichten von Verhaftungen und Repressalien unterbrochen. Solche Massnahmen können freilich nichts an den Ursachen ändern, die darin liegen, dass Argentinien 1,5 Millionen Arbeitslose aufweist, während die Teuerung in den letzten beiden Jahren um 40 Prozent gestiegen, die Löhne aber nur 8 Prozent erhöht worden sind. Wie da erst das Elend unter den Arbeitslosen aussieht, ist für uns im sichern Port nicht vorstellbar.

In *Brasilien* hat zwar das Militärtriumvirat anstelle des erkrankten Präsidenten Costa e Silva nun in General Garrastazu Medici einen neuen Präsidenten ernannt. Aber seit sich dieses Diktaturregime dank dem Streich eines revolutionären Kommandos, das den amerikanischen Gesandten entführte, so unsterblich blamiert hat, weil bekanntlich durch diese Geiselentführung 15 argentinische politische Gefangene ins Exil nach Mexiko freigelassen werden mussten, sind die Repressalien des Regimes aus Rache noch blindwütiger geworden. Am 11. September berichtet «Le Monde»

aus Brasilien, dass das Militärtriumvirat durch einen blossen Akt eigener Machtvollkommenheit die Todesstrafe wieder eingeführt hat. Nach der Verfassung sollte sie nur in Kriegszeiten anwendbar sein. Nun sieht dieser «Konstitutionelle Erlass» vor, dass «*die Todesstrafe, die Verbannung, die Gefangenschaft auf Lebenszeit und die Konfiskation der Güter auch in Fällen ‚des psychologischen und revolutionären Krieges‘ angewendet werden kann*». Man hat das Gesetz auch gleich rückdatiert auf den 5. September und die 15 politischen Führer, die man nach Mexiko ausliefern musste, gleich mit der Verbannung belegt, während die Todesstrafe zweifellos das revolutionäre Kommando selber treffen sollte – sofern man es in die Hände bekam.

Das Gesetz bedroht mit der Todesstrafe aber selbst Redakteure, Verleger oder Verteiler von Traktaten und Pamphleten, die die Regierung als ihrem Regime «feindlich» ansieht. Das zeigt sich daran, wie im Gesetz selber «der feindliche psychologische Krieg» definiert wird, nämlich als «der Gebrauch von Propaganda und Konterpropaganda und Handlungen in der politischen, ökonomischen, psychosozialen und militärischen Domäne, als Haltung und Führung ‚feindlicher‘ fremder, neutraler oder befreundeter Gruppen, *auf einem Wege*, der von den nationalen Zielen abweicht». (sic!)

Da müssen sich sogar die griechischen Obersten übertroffen fühlen. Wird man jetzt in dieser Diktatur auch die 39 Priester durch jenes Gesetz zu vernichten trachten, die, alle aus Belo-Horizonte, ihren in Sao Paulo versammelten Bischöfen ein Dokument unterbreiteten, das eine genaue Schilderung und Beweisführung enthielt, in welcher unmenschlicher und grauenvoller Weise politische Gefangene und selbst ihre Angehörigen gefoltert werden. Die Liste ihrer Namen ist geheim, um sie nicht völlig ans Messer zu liefern.

Am gleichen Tage, da die Militärdiktatur ihre Einführung der Todesstrafe in Kraft treten liess, am 5. September, trat in Medellin die lateinamerikanische Bischofskonferenz zusammen, um über die Bedingungen zu entscheiden, unter denen sie die Gewaltanwendung als berechtigt anerkennen müsse. Dieser Rapport, von einem hohen kirchlichen Gremium verfasst, dem auch Kardinal Helder angehört, dessen Rückrufung nach Rom das Regime kürzlich verlangt hat, dieser Rapport stellt ein Dokument dar, das seinen Urhebern zur höchsten Ehre gereicht. Es verdiente weitherum bekannt gemacht zu werden. Macht es sich doch zum mutigen Anwalt der Sache seines geknechteten Volkes.

Es heisst dort wörtlich (ich übersetze aus dem Französischen, «Le Monde» vom 5. September): «Es ist nicht zu bestreiten, dass sich der lateinamerikanische Kontinent an manchen Stellen in einer Situation institutioneller Gewalt befindet, die globale, kühne und dringende Wandlungen verlangt. Die Geduld eines Volkes, das seit Jahren eine Situation erträgt, die für jedermann unannehmbar wäre, der sich der menschlichen Rechte wirklich bewusst wäre, diese Geduld ist höchst erstaunlich.»

«Damit ein Aufstand (insurrection) legitim wird, ist notwendig, dass sich das Volk in einer legitimen Verteidigung gegen eine wirkliche Tyrannei befindet. (Das sei auch die Bedingung, die die päpstliche Enzyklika *Populorum progressio* im Paragraphen 33 dafür aufstelle.) Es braucht sich nicht notwendigerweise um eine persönliche Tyrannei zu handeln..., es ist möglich, auch von einer Tyrannei von Strukturen zu sprechen, die eine ganze Klasse (classe) von Menschen in einer ungerechten Lage niederhalten können. (...) Es muss zugegeben werden, dass in zahlreichen Fällen die herrschenden Klassen, die Reichtum, Kultur und Macht besitzen, mit allen Mitteln auf die Regierten einen Druck ausüben, um die notwendigen Veränderungen zu verhindern. (...) Hunger, Unwissenheit und die Kindersterblichkeit sind die wirklichen Objekte dieses heutigen Krieges, denen unsere Länder die Stirne zu bieten haben.»

Dieses tapfere Dokument, das wir hier nur zum Teil wiedergeben können, enthält auch nicht ein einziges Mal den Satz, den Papst Paul VI. vor dem lateinamerikanischen Volk in Bogotá ausgesprochen hat: «Die Gewalt ist nicht evangelisch, nicht christlich.»

Soviel die täglichen Meldungen bald aus diesem, bald aus jenem lateinamerikanischen Land von Studenten- oder Arbeiterdemonstrationen, von der Besetzung einer Universität, von Verhaftungen und Guerillakämpfen berichten, wir können immer nur Bruchstücke aus diesem Mosaik eines nie ruhenden Kampfes zeigen, dem wir nichts Gleichwertiges gegenüberzustellen haben.

Anders, als dies die Regimes von Brasilien und Argentinien zeigen, erweisen sich die durch Staatsstreich ans Ruder gekommenen Militärregimes in Peru und Bolivien.

So hat das Inkaland Peru, dessen Bevölkerung zu zwei Dritteln, das sind acht bis zehn Millionen, Indios sind, vor einem Jahr eine für Lateinamerika geradezu revolutionäre Veränderung erfahren. Denn die erste Geste nach dem Machtantritt der Junta war bekanntlich die Expropriation des amerikanischen Öltrusts IPC, für die der Chef der Junta, General Velasco, zwar Entschädigung versprach, aber bis heute noch kein Abkommen darüber abgeschlossen hat. Auch der Empfang für den Sonderabgesandten Rockefeller fand nicht statt. Rockefeller war nur eine Viertelstunde auf dem Flugplatz und wurde, mit dem Hinweis auf drohende Unruhen, schleunigst zum Flugzeug zurückbegleitet.

Obwohl die Junta noch manchen Guerillakämpfer in ihrer Festung gefangen hält, legt das Regime Wert darauf, als «populiste» zu gelten. Das ist ihm bis jetzt um so eher gelungen, als es eine Agrarreform in Angriff nimmt, zu der es sogar aus Kuba, von Fidel Castro, beglückwünscht worden ist. Es heisst in Kuba, «dies sei die radikalste Agrarreform, die seit langem in Lateinamerika versucht worden sei». Jedenfalls hat das Regime mit diesen für eine Militärjunta spektakulären Neuerungen unter der armen Landbevölkerung viel Sympathien gewonnen; denn von den 2,8 Millionen

Hektaren Land ist bis heute erst ein Teil kultiviert und ein Prozent der Grundbesitzer, darunter drei grosse ausländische Gesellschaften, besitzen 61 Prozent des landwirtschaftlichen Bodens. Peru ist auch darin bis heute ein echtes Beispiel lateinamerikanischer Ausbeuterverhältnisse geblieben. (Zahlen aus «Jeune Afrique».)

In Bolivien haben sich in jüngster Zeit im Ölsektor ähnliche Ereignisse abgezeichnet. Dort hat nach dem Erfolg des Militäraufstandes Ende September dessen Chef angekündigt, er werde «für das Volk» regieren. Aber welcher Juntachef sagt das nicht. Doch Ovando Candia scheint tatsächlich eine etwas zeitgemässere Ausgabe dieser Spezies zu sein. Denn keine vier Wochen nach seinem Machtantritt hat er die Nationalisierung der Bolivian Gulf (eine Filiale des amerikanischen Gulf-Öltrusts in Pittsburgh, des fünftgrössten Öltrusts der Erde) vorgenommen. Ein Regierungsdekret hat bereits angeordnet, dass alle Anlagen und Einrichtungen dem Staat übergeben werden sollen. Auch hier ist eine Entschädigung versprochen. Und Freude herrscht in La Paz: «Viva Bolivia libre!» Werden dies auch die gefangenen Guerilleros und Freunde Che Guevaras sagen können? Wie lange ist Régis Debré schon im Kerker?

Doch den spektakulärsten Militärcoup – obwohl er der unblutigste und leiseste gewesen ist – haben die jungen Militärs im nahöstlichen Ölreich *Libyen* zustande gebracht. Es scheint sich bei diesen jungen Offizieren unter dem Obersten Bouchweirib, soviel man bis anhin über sie erfahren konnte, um progressive Patrioten zu handeln. Wie man da an einem strahlenden Septembertag, ohne dass Polizei, die allwissende und allgegenwärtige C.I.A., und die GIs auf den amerikanischen Militärbasen auch nur das allerleiseste Spürlein gemerkt hatten und auch König Idriss, wohl Ölkönig, aber nicht Volkskönig, der in seinem fernen Kurort ahnungslos geschlafen hatte, am Radio die Nachricht aus Libyen hören konnte, dass der König abgesetzt, Parlament und Regierung aufgelöst, dass der Regent, der junge Neffe des Königs, der ihn in seiner Abwesenheit vertreten hatte, zurückgetreten sei und das neue Regime anerkannt habe, und dass nunmehr die Republik ausgerufen werde! Es mochten dies viele für einen kurzlebigen Traum halten. Aber auch der alte König hat seither abgedankt und ist bis jetzt im Ausland geblieben. Die jungen Militärs, die so zielsicher und diskret unter der Nase des fremden amerikanischen und britischen Militärs die Monarchie stürzten, haben inzwischen auch die amerikanischen und britischen Militärbasen aufgekündigt, im übrigen aber nichts übereilt. In ihrer Erklärung der Republik ernannten sie sich selber «zur einzigen Instanz, autorisiert, die Geschäfte der libyschen Republik zu führen, ein revolutionäres und sozialistisches Libyen aufzurichten, das auf den eigenen Realitäten basiere und fern allen Dogmen sei. Sie wünschten aus dem unterentwickelten und schlecht regierten Land ein progressives Land zu machen, bereit, gegen den Kolonialismus und Rassismus zu kämpfen. Obwohl die Ölquellen, die zunächst durch verschiedene ausländische Ölgesellschaften, namentlich amerikanische, ausgebeutet wurde, heute gemäss den fifty-fifty-Verträgen dem Königreich jährlich rund eine Milliarde

Dollar eintragen, ist das Volk, bis auf eine kleine Oberschicht, die vom Handel oder dem Ölboom profitierte, arm geblieben. Obwohl das Land nun jährlich schon 150 Millionen Tonnen Öl produziert und wohl an die Spitze der nahöstlichen Ölproduzenten steigen wird, hat es sich nur über eine vernachlässigte Landwirtschaft, wenig rechte Schulen und schlechte Löhne ausgewiesen. Wenn der Ölreichtum nun Land und Volk und dem Ausbau des ganzen Maghreb dienen würde, so wäre aus dem Staatsstreich vom 1. September eine zu begrüssende Revolution geworden.

Staatsstreich des Militärs, nach der Ermordung des Präsidenten Dr. Shermarke, auch in dem bis dahin scheinbar so friedlichen Somalia. Allein der Nahost-Konflikt und die Schliessung des Suezkanals haben auch Somalia eine grosse Verschlechterung des Handels und damit schleichende Unzufriedenheit gebracht. Gleich nach dem feierlichen Staatsbegräbnis des ermordeten Staatsoberhauptes wurde die Hauptstadt Mogadiscio mit Panzern eingekreist und hörten die Somali, dass die parlamentarische Demokratie des toten Präsidenten aufgehoben und die «demokratische Republik» ausgerufen sei. Seither ist das Land von der Aussenwelt abgeschnitten. Der neue Staatschef, General Mohamed Ziad, hat erklärt, man wolle wie bisher blockfrei bleiben und die eingegangenen Verträge würden eingehalten. Das Volk scheint, den spärlichen Meldungen nach, dem Wechsel eher wohlgesinnt. Das ist alles, was man bis heute weiss: Ein Mord, ein Staatsstreich, ein General an der Spitze – das Beispiel macht Schule. Was wundern wir uns? Was haben wir in unseren Breitengraden für Gewaltakte, für Kriege gemacht! Was für grauenvolle Waffen werden von unseren wissenschaftlichen Koryphäen erfunden und entwickelt! Wie haben wir uns an Biafra/Nigeria, an Vietnam, an die Apartheid der weissen Edelfrasse gewöhnt! Welcher Politiker und Diplomat im UNO-Gebäude wird nicht innerlich seufzen über soviel unnütze Papierverschwendung – wieder eine neue Resolution! –, wenn man ihm das Manifest von 4000 Worten vorlegen wird, das 40 Staatschefs aus Afrika vorbringen, um erneut an das Schicksal der 25 Millionen Menschen zu erinnern, die in Angola, in Mozambique, in Guinea-Bissau unter der Herrschaft rückständiger Staaten wie Portugal, des sozial unterentwickelten Südafrika und Rhodesien leben müssen, dem Güt-dünken einer Minderheit ausgeliefert, die nicht an die menschliche Gleichheit glaubt.

Ich erinnere an das, was in der Juli/August-Nummer der «Neuen Wege» über dieses gefährliche Schandmal einer sich zivilisiert glaubenden Menschheit an Belegen vorgebracht worden ist. Hier möge nur an die Warnung von Präsident Kaunda von Zambia erinnert werden, dessen Land jenen Staaten benachbart ist, die mit ihrem Rassenwahn eine furchtbare Katastrophe heraufbeschwören können. Wenn man den Dingen den Lauf lässt, «wird es plötzlich einmal zu spät sein und nichts als Asche übrig bleiben». Das ist die Warnung dieses vorbildlichen Mannes.

«*Der Krieg muss aufhören, der Friede ist möglich!*»

Das ist das Losungswort, das zahlreiche prominente afrikanische Persönlichkeiten angesichts des Bruderkrieges von Nigeria/Biafra heute kategorisch geltend machen. So u. a. Staatspräsident Nyerere von Tansanien. Es sind zahlreiche vernünftige und gangbare Vorschläge gemacht worden, die, bei gutem Willen auf beiden Seiten, eine Lösung bringen könnten, die die Einheit wiederherstellte und doch die berechtigten Ansprüche auf Sicherheit und Gleichberechtigung *aller* ethnischen Gruppen und freie Entscheidungsgewalt in bestimmten regionalen Fragen gewährleistete. Nun haben am 30. September in Yaoundé Angehörige von 30 afrikanischen Staaten den Vorsitzenden der OUA (der Panafrikanischen Vereinigung) gebeten, total 529 Petitionen für eine Versöhnung und einen Friedensschluss zur Vermittlung an beide Parteien weiterzuleiten.

Diese gleiche Parole möchte man auch an Vietnam und an den Nahen Osten weitergeben: *Der Krieg muss aufhören, der Friede ist möglich!*

Auch der *Tschad* ist von inneren Kämpfen zerrissen, die der sehr selbstherrliche Präsident Tombalbaye mit Hilfe französischer Soldaten regeln möchte. Etwas, das nur die schlimmen Erinnerungen an den algerischen Befreiungskrieg wecken und die Lage verschlimmern muss. Demokratischere Spielregeln und eine von unfähigen Leuten gesäuberte Verwaltung wären wohl ein besseres Verständigungsmittel. Aber auch hier, wie nach den Wahlen in *Ghana*, ist von aussen die Lage schwer durchschaubar. Die einen rühmen den neu zum Premierminister in Ghana gewählten Dr. Busia für seine Mässigung und seine demokratische Gesinnung in der Ausübung seines Amtes. Seine Anhänger schätzen ihn auch als politischen Führer ihrer jetzt aus den Wahlen siegreich hervorgegangenen Fortschritts-Partei.

Doch die Anhänger des gestürzten Präsidenten Nkrumah geben Dr. Busia die Schuld an den blutigen Zusammenstössen in der Stadt Yendi, deren Bilanz 30 Tote, zahlreiche Verletzte und an die tausend Verhaftungen gewesen sind.

Doch dieses ganze brodelnde Gewirr, diese bitteren ökonomischen Schwierigkeiten, diese Grosstaten einerseits, von denen wir so wenig wissen, und diese Kapitulationen andererseits, diese Opfer und diese Intrigen und Machtkämpfe, alle diese Staatsstreiche, Fehden und Kriege, es ist alles doch ein grosses *Anfangen*, eine *Hoffnung* und ein *Bemühen* um ein besseres, würdigeres Leben. Und dies mitzuerleben, ist ein grosses, ergreifendes Erlebnis auch für uns.

Emmy Moor

Aus gesundheitlichen Gründen ist es mir leider nicht möglich, diese schöne Aufgabe der «Weltrundschau» fortzusetzen. E. M.